

Die „Stanford-Superwaffe“

Das politische Jahr in den USA hat turbulent begonnen. **ROBIN LUMSDEN** war zum Jahreswechsel in Kalifornien. Er analysiert, wie an „seiner“ Universität Stanford die Lage eingeschätzt wird und warum es sowohl bei den Republikanern als auch den Demokraten zu einem Generationswechsel bei der nächsten Präsidentenwahl kommen könnte.

DEN JAHRESWECHSEL hat man hier in Kalifornien anfangs hoffnungsvoll verbracht: die sich in den USA abflachende Inflation sorgt auch auf den auch für Stanford besonders relevanten Technologiemärkten für leichte Entspannung. Doch dann wurde es turbulenter – vor allem auch politisch.

Die sintflutartigen Überschwemmungen haben den Optimismus zumindest kurzfristig gedämpft. In der gesamten Bay Area, rund um den Stanford Campus, kam es zu den schlimmsten Überflutungen seit Jahrzehnten. Gouverneur Gary Newsom und Präsident Joe Biden mussten für große Teile Kaliforniens den Notstand ausrufen. Im sonst von Dürre geplagten Kalifornien sind seit der Jahreswende mindestens 19 Menschen bei Überflutungen, Stromausfällen, Schlammlawinen und Erdbebrüchen ums Leben gekommen. Wasser auf die Mühlen jener, die vor den Folgen des Klimawandels warnen.

Turbulent ging es außerdem wieder in der US-Politik zu. Der durch die Midterm-Wahlen und durch die starken US-Arbeitsmarktdaten etwas gefestigte Präsident Joe Biden musste viel Kritik einstecken, als man geheime Regierungsdokumente – freilich aus seiner Zeit als Vizepräsident – in seinem Heimatstaat Delaware gefunden hatte. Ausgerechnet: auch bei einer Razzia auf dem Privatwesen Mar-A-Lago von Donald Trump hatte man sensible Akten gefunden, der Aufschrei der Demokraten fiel damals entsprechend groß aus. „Durch das Garagen-Gate hat Biden ein Glaubwürdigkeitsproblem erlitten“, so die Republikanerin und Ex-Außenministerin Condoleezza Rice, eine meiner engsten Mentoren in Stanford. Zumindest ein leichter Knick für das saubere persönliche Image des Präsidenten.

VON
ROBIN LUMSDEN

DER AUTOR.
Robin Lumsden ist Wirtschaftsanwalt in Wien, New York und Washington. Zwei Jahre verbrachte er an der US-Eliteuniversität Stanford. Seine Arbeit als Anwalt und die dort gewonnenen Erfahrungen verarbeitet er jetzt in seiner Kolumne.

Die Justiz hat nun einen Sonderermittler bestellt, den Spitzenstaatsanwalt aus Maryland, Robert K. Hur, einen als vernünftig geltenden Republikaner. Er ist übrigens als Stanford-Absolvent ein sehr aktiver Alumni. Können die Republikaner also mit dieser „Stanford-Superwaffe“ den angeschlagenen Präsident Biden zu Fall bringen? Daran glaubt aber auch in Stanford derzeit niemand.

Überhaupt gibt es bei den Republikanern keinen Grund zur Euphorie. Die nervenaufreibende Wahl des Sprechers des Repräsentantenhauses (formell das dritthöchste Amt der USA nach jenem von Präsident und Vizepräsident), Kevin McCarthy, zeigt die starke Zerrissenheit der „Grand Old Party“. 15 Wahlgänge waren durch den hartnäckigen innerparteilichen Widerstände nötig gewesen. Sie muss erbittert daran arbeiten, einen breitenwirksamen Kandidaten für die Wahl im nächsten Jahr aufzustellen. Die einstige Ikone Trump hat sich noch kaum aus den zahlreichen juristischen Zwickmühlen befreien können.

DA SICH DIESE Ermittlungen gegen Trump schon länger ziehen, hat auch hier die Justiz nun einen Spezialermittler ins Boot geholt, um insbesondere die Rolle von Trump rund um den Sturm aufs Kapitol zu untersuchen. Was also Robert K. Hur mit Joe Biden tun soll, erledigt nun Special Counsel Jack Smith bei Donald Trump. Der Harvard-Absolvent mit internationalem Background war auch bereits für die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen im Kosovo für den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zuständig. Wird es also dem Mann, der sogar schon einige Kriegsverbrecher hinter Gitter brachte, gelingen Trump ein für



DER AUTOR am Campus von Stanford: „Die Lage in den USA ist unberechenbar.“

alle Mal alle weiteren politischen Ambitionen zu verunmöglichen? Die bisher ans Tageslicht gelangten Details aus der gerichtlich verfügbaren Offenlegung seiner Steuerakte belegen jedenfalls ein eindeutiges Bild: Sie zeigen generell, dass Trump mehrere Jahren kaum oder gar keine Einkommenssteuer auf Bundesebene zahlte, obwohl er sich stets mit seinem Reichtum brüstete. Das ändert noch nichts daran, dass er für mindestens die Hälfte der Parteibasis weiter ein politischer Held ist: auch sein wahrscheinlich chancenreichster Konkurrent Ron DeSantis, Gouverneur von Florida, wagt sich noch nicht aus der Deckung – und steht ideologisch Trump durchaus nahe.

Unberechenbar auch die Lage bei den Demokraten. Und ebenso davon abhängig, ob Trump trotz seines innerparteilichen Dämpfers bei den Mid-Terms (etliche der von ihm unterstützten Kandidaten reüssierten nicht) noch einmal antritt. Wenn doch, würde Biden der Antritt kaum zu nehmen sein, hat er doch den Rivalen bereits einmal besiegt.

Wenn aber nicht, würde er schon aus Altersgründen gegen einen deutlich jüngeren Gegner wie DeSantis wenig Chancen haben. Da böte sie auch für die Demokraten die Chance, ja Notwendigkeit eines Generationswechsels. Schon werden dafür auch in Stanford Namen kolportiert. Weniger oft Vizepräsidentin Kamala Harris, die schon an der undankbaren Verantwortung für die Migrationsfrage scheitern könnte, häufiger Michigans Gouverneurin Gretchen Whitmer. Erst eben wurden zwei Rechtsradikale zu 16 Jahren Haft verurteilt, weil sie ihre Entführung und Ermordung geplant hatten.

Die meiste Aufmerksamkeit hat aber Hakeem Jeffries erregt, der nun als Nachfolger der ein-

|| *Alles neu in der US-Politik? Auch bei den Demokraten hat das Kandidatenrate-spiel begonnen.* ||

drucksvollen Nancy Pelosi die demokratische Fraktion im Repräsentantenhaus anführt. Seine frei gehaltene Antrittsrede geriet zum rhetorischen Triumphzug. Von A bis Z definierte er nach artigem Zusammenarbeitsangebot an die vernünftigen Republikaner die grundlegenden Unterschiede zwischen den beiden Parteien: „House Democrats will always put American values over autocracy“. Benevolence over bigotry. The Constitution over the cult. Democracy over demagogues. Economic opportunity over extremism. Freedom over fascism. Governing over gaslighting. Hopefulness over hatred. Inclusion over isolation. Justice over judicial overreach. Liberty over limitation (...).“

Nicht nur die demokratischen Abgeordneten jubelten, auch der Großteil der unabhängigen Kommentatoren. Der 52-jährige Abgeordnete aus New York, habe „mit der Konsequenz eine Predigers und dem gelehrten Vokabular eines Professors“ gesprochen, zeitgenössisch und hochgesinnt, witzig und gescheit, schrieb eine Journalistin der „Washington Post“. Nicht nur sie fühlte sich an einen glänzenden Rhetoriker erinnert, ebenso ein „heller“ Afroamerikaner, der von einem Rednerpult – damals auf einem demokratischen Parteitag – bis ins Weiße Haus gestürmt war: Barack Obama.

ZURÜCK NACH STANFORD: Voller Stolz ist man hier im Moment beim Blick in die Downing Street nach London. Denn der neue britische Premierminister Rishi Sunak ist Stanford Alumni und war genauso wie ich auf der Stanford Graduate School of Business, teilweise haben wir sogar dieselben Mentoren. Seine Ehefrau, erfolgreiche Geschäftsfrau und Venture Capitalist, ist übrigens seine Klassenkollegin gewesen. Vom Klassenraum in Stanford in die Chefetage des Vereinigten Königreichs, die Geschichte scheint sich auf höchster Ebene zu wiederholen: auch einer meiner besten Stanford-Freunde wurde Berater des damaligen britischen Premierministers David Cameron.

Noch im Laufe diesen Jahres soll es übrigens eine „Reunion“ von europäischen Stanford-Absolventen geben, bei der auch Rishi Sunak anwesend sein wird. Als Stanford-Absolvent gilt übrigens die ungeschriebene Regel, Nachrichten eines anderen Absolventen umgehend zu beantworten. Ein Ehrencode, mit dem ich im Fall des britischen Premierminister wohl äußerst sorgsam umgehen werde. **T**

DIE INTERAKTIVE KOLUMNE.

Scannen Sie diesen Code mit dem QR-Code-Reader Ihres Handys ein, beantworten Sie Robin Lumsdens Frage und geben Sie einen Kommentar dazu ab. Oder schreiben Sie dem Autor unter: redaktion@trend.at